

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.  
Raden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort:  
Gedr. Krahold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Belegbogen monatlich 1,00 M. Durch die Post bezogen wöchentlich 8,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 8,50 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 85 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinbarungen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 202.

Dresden, Freitag den 31. August 1917.

28. Jahrg.

## London und Stockholm.

### Was wird mit Polen?

Der polnische Staatsrat ist zurückgetreten. Die demokratischen Elemente hatten schon vorher ihre Ämter niedergelegt. Die letzten, die ausgeharrt hatten, die polnischen Konserwativen, sind nun auch müde geworden, länger zu warten, und haben abgetan. Eine W. L. B. -Notiz versichert, die Verwaltung Polens werde dadurch nicht beeinträchtigt werden, da die Kommissionen weiter arbeiten wollten. Das mag richtig sein, aber deswegen bleibt der Fortfall einer polnischen Regierung in Polen doch bedauerlich. Man darf zum Beispiel nicht übersehen, daß die Polen in den feindlichen Ländern, zum Beispiel in Rußland, wiederholt den Warschauer Staatsrat als einzige zuständige polnische Regierung anerkannt hatten, gegen deren Willen kein Pole die Waffen tragen dürfe. Jetzt ist für die Entente die Bahn frei, polnische Streitkräfte aufzustellen, die ja natürlich nicht sehr übermächtig sein werden, und vielleicht auch eine eigene polnische Regierung mit dem Sitz in Paris oder Petersburg zu gründen.

Aber das ist schließlich nur eine momentane Verlegenheit; die Hauptfrage bleibt, wie sich denn Deutschland nun weiter zu Polen stellen soll. Die Alldeutschen sind mit ihrem Rezept außerordentlich rasch bei der Hand. Sie sagen, die Polen hätten sich unantastbar gezeigt, und damit seien die Voraussetzungen des Arts vom 5. November hinfällig geworden — der polnische Staat dürfe nicht ins Leben treten. Eder wenn man ihn nicht ganz töten könne, müsse man ihn mit Gewalt wenigstens so weit niederdrücken, wie irgendmöglich. Der Vorsitzende des alldeutschen Verbandes, Rechtsanwalt Glab, fordert zum Beispiel, daß zwischen der Ostgrenze Deutschlands und dem neuen polnischen Reich und ebenso zwischen diesem und Rußland eine Zone deutscher Militäranseher geschaffen werde, und daß auch Litauen im Norden Polens in deutscher Hand bleibe. Sei Polen in dieser Weise auf drei Seiten vom Feinde umringt, dann werde es vielleicht ungefährlich für Deutschland sein.

Solche Pläne verdienen keine Erwähnung. Sie wären im 18. Jahrhundert vielleicht außerordentlich geschickt und richtig gewesen, sind aber in der Gegenwart einfach undurchführbar geworden. Mit bloßer Gewalt lassen sich heutzutage keine Dauerzustände schaffen.

Was jetzt in Polen eingetreten ist, war vorher zu sehen. Wer mit offenen Augen Friedrich Naumanns Bildlein „Was wird aus Polen?“ gelesen hat, das vor einem Vierteljahr der Zeitung Meiman herausgegeben ist, dem dürfte zwischen den Zeilen die Angst des Verfassers entgegen. Deutschland möchte mit der Gewährung wirtschaftlicher Selbstregierung an die Polen so lange zögern, bis eine Wirtung damit nicht mehr erzielt werden könnte. Der polnische Staatsrat, der die Verantwortung einer Regierung tragen sollte und keinerlei Verwaltungsbefugnisse hatte, schwebte in der Luft; er mußte unter dem Druck der öffentlichen Meinung in Polen in absehbarer Zeit zusammenbrechen.

Nun ist die Katastrophe eingetreten, aber es ist nicht zu spät, noch jetzt den richtigen Weg einzuschlagen und Polen den Polen zu geben, soweit das irgend die Interessen der deutschen Kriegführung gestattet. Den Polen muß gezeigt werden, daß Deutschland wirklich keinerlei Eroberungs- und Herrschaftsansprüche hat, sondern ihnen nach dem Kriege gern die volle Freiheit geben will.

Wohi Deutschland in dieser Weise vor, so wird es freilich auch nicht die Liebe Polens erwerben. Damit müssen wir uns ein für allemal abfinden. Solange in Rußland der Zarismus herrscht, hat noch eine gewisse Möglichkeit, daß die Polen aus ihrem Ständen den Anschluß an Deutschland als das kleinere Übel wählen. Das republikanische Rußland wird aber wohlbehalten noch auch wenn es seinen Nationalitäten nur ein bei weitem weniger hartes Ansehen geben wird, auf die Polen eine viel härtere Wirtung ausüben. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß die Ostgrenze Polens, die wir ihnen nicht geben können, nicht besteht aus Land, die wir ihnen nicht geben können, sondern aus der Überwältigung des polnischen Charakters durch die Wirtung der internationalen Konkurrenz. Und diese Wirtung ist bei der heutigen internationalen Konkurrenz ein schweres Kreuz, wenn wir sie nicht mit besonderer Sorgfalt abwehren.

Es kann Deutschlands Streben nur auf das Befriedigen der Interessen der Polen im allgemeinen und nicht auf die Befriedigung der Interessen der einzelnen polnischen Stände abzielen. Die Interessen der Polen im allgemeinen sind die Befriedigung der Interessen der polnischen Nation. Die Befriedigung der Interessen der einzelnen polnischen Stände ist ein Ziel, das nur im Rahmen der Befriedigung der Interessen der polnischen Nation erreicht werden kann.

### Artilleriekämpfe bei Verdun. — Feindliche Vorstöße an der mazedonischen Front.

(M. F. S.) Kurlisch. Großes Hauptquartier, den 31. August 1917.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

##### Österreichische Kronprinz Rupprecht

In Flandern steigerte sich die Kampftätigkeit der Artillerien an der Maas und zwischen Yper und Loos erst gegen Abend.

Nachts kam es mehrfach zu Zusammenstößen im Bereich unserer Stellungen; eine Anzahl Engländer wurde gefangen.

Im Artois entwickelten sich nördlich von Lens heftige Kämpfe, die bis zur Dunkelheit andauerten.

Südwestlich von Le Catetet entrieffen Jägerkompanien der Engländer einen Teil ihres neulichen Gewinnes; zahlreiche Gefangene sind eingebracht worden.

St. Quentin lag wieder unter französischem Feuer.

##### Österreichische Kronprinz Rupprecht

In der Mädeln Gasse des Chemin-des-Dames-Rückens war die Feuerkraft lebhaft.

Der Verdun ging das Schützengraben auf beiden Ufern abends wieder in heftigen Artilleriekampf über, ohne daß es bisher zu neuen Angriffen kam.

#### Ostlicher Kriegsschauplatz.

##### Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Nordwestlich von Dünaburg riefen russische Streifabteilungen unter Feuerbeschuß bei Nacht vor; unsere Grabenbesetzung schlug den Feind zurück. Ebenso vergeblich blieben russische Unternehmungen am Karacz-See.

Bei Skala setzten einige unserer Kompanien über den Jbrucz, brachen in die russischen Linien ein und setzten nach Beschränkung der Grabenanlagen mit Gefangenen und Beute über den Fluß zurück.

##### Zwischen Dnjepr und Donau ist die Lage unübersichtl.

#### Mazedonische Front.

Bei großer Hitze hielt die gesteigerte Gefechtsfähigkeit an.

Am Dnepropolje wurden serbische Abteilungen, südwestlich des Dairan-See englische Bataillone unter schweren Verlusten abgewiesen.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

### Der Londoner Verwicklungsbeschluß.

Für den, der etwa noch daran gezweifelt hätte, beweist der Ausgang des internationalen Sozialistenkongresses in London unabweisend, daß er nicht der Vorbereitung, sondern der Verwirklichung der Stockholmer Konferenz dienen sollte. Einstimmigkeit über die Kriegsziele war nicht zu erlangen, deshalb wurde von der Mehrheit der Vorkonferenz angenommen, daß ein ständiger Ausschuss zu dem Zwecke ernannt werden solle, die verschiedenen Fragen im Hinblick auf die Einberufung einer neuen Konferenz der verbündeten Länder zur Vorbereitung für den internationalen Sozialistenkongress weiter zu erörtern. Es wird also weiter erörtert, es wird die Einberufung einer neuen Konferenz der Entente-Sozialisten geplant. Das Bureau in Stockholm mag warten.

Der Daily Telegraph stellt fest, daß die Konferenz vollständig mißglückt sei. Sondern, die englische Arbeiterpartei und die französischen Annerkennungsozialisten werden gegen diese Auflösung protestieren dürfen. Denn sie, die für die Fortsetzung des Krieges bis zur Niederwerfung Deutschlands eintraten, haben in London zunächst ihren innersten Serzentschmerz durchgelebt: Die ehemalige Hinauschiebung der Stockholmer Konferenz. Sie und ihre Regierungen haben in London so gefehlt, wie sie in Stockholm nicht siegen würden.

Lloyd George und Ribot werden zufrieden sein. Was aber wird der russische Arbeiter- und Soldatenrat zu dieser Antwort auf seinen Ruf nach Stockholm sagen?

#### Friedensprogramm der englischen Sozialisten.

Genf, 31. August. Wie aus London gemeldet wird, hat die englische sozialistische Partei ein Programm für die Friedensbedingungen ausgearbeitet. Es wird darin gefordert, daß die Bevölkerungen von Estland, Lettland, Litauen, dem Baltikum, Armenien, Indien, Ägypten, Irland, Äthiopien usw. in einer Volksabstimmung ihre Regierungen selbst wählen sollen. Die Kriegsschuldigungen sollen durch einen gemeinsamen Fonds, dem jeder der Kriegführenden einen Betrag beisteuert, bestritten werden. Kolonialländer sollen an Deutschland zurückfallen.

#### Die italienischen Sozialisten drängen zum Frieden.

Konstantinopel, 31. August. Die englischen Sozialisten-Aktionen wollen die italienischen Sozialisten empfangen haben, womit die nationale Regierung im Vordringensstadium gekommen ist. Die Nationalen zum Frieden zu drängen. Italien werden einen Winterfeldzug nicht anstellen. Italien können die Annerkennung bei in mehrerlei Hinsicht als in irgend einem der anderen alliierten Länder. Die Sozialisten verurteilen, daß Italien mit Rußland verhandelt.

### Eine Verirrung.

\* In der Woche veröffentlicht Parteigenosse Heilmann einen Artikel über „Proletarisches Klasseninteresse und parlamentarische Abzockerei“. Die Redaktion der Zeitschrift sagt in einer Vorbemerkung, daß Meinungsverschiedenheiten in unseren Reihen bestehen über die Formen, in denen die Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens durchzuführen ist; Heilmanns Artikel solle die Diskussion über diese Frage eröffnen.

Heilmanns Artikel bedeutet eine runde Abgabe auf das parlamentarische Regierungssystem, zu dessen Verabfolgung er viele harte Scheltworte, aber wenig sachliche und äußerst unzureichende Begründungsverweise anbietet. Wir müssen den Ausführungen Heilmanns durchaus widersprechen und vermögen nicht zu erkennen, wie er annehmen kann, gerade gegenwärtig, wo im Reichstag für die Wehrung der parlamentarischen Einflüsse und damit der Volksrechte gewirkt wird, unserer Sache zu nützen. Wir wollen die hauptsächlichsten Ausführungen des Verfassers kurz besprechen.

Heilmann beginnt mit einer Betrachtung, die er eine theoretische bezeichnet. Die Wahrheit, so führt er an, ist, daß das Abgeordnetenmandat lediglich zur Mitwirkung bei der Abfassung der Gesetze und zur Wehrung der Verfassung dient, nicht aber zur Wehrung der Verfassung selbst. Auf Trennung der drei Gewalten, der gesetzgebenden Gewalt, der ausführenden Gewalt und der rechtsprechenden Gewalt, beruht jede Ordnung im Staate. So geht Heilmann hinter die Theorie der modernen Demokratie zurück auf die Lehre des Feilbürgerrechts, wie sie Montesquieu klassisch entwickelt hat. Heilmann bemerkt gar nicht, daß er von vorn herein einem schwersten Widerspruch verfallt, indem er die völlige Scheidung der drei Gewalten fordert, andererseits aber dem Parlament nur eine Mitwirkung an der Gestaltung der Gesetze zumißt. Im Deutschen Reich, dessen bisherige Verfassungseinrichtungen Heilmann so eigentlich gänzlich beurteilt, gibt es keine Trennung der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt, vielmehr ist die Exekutive zugleich die gesetzgebende. Wenn wir parlamentarische Regierungswesen streben, so in erster Reihe, um die Gesetzgebung voll in die Hand der Volksvertretung zu geben. Andererseits umfaßt der Begriff der „Exekutive“ keineswegs nur, wie Heilmann es erscheinen läßt, die eigentliche Verwaltungstätigkeit, sondern vor allem die politische Leitung des Staates nach außen wie nach innen. Wer soll der inneren Politik die allgemeine Richtung vorschreiben? Soll zu diesen höchsten Staatsaufgaben ein vom Parlament fast unabhängiges Exekutivorgan — hinter dem schließlich auch nur eine oder mehrere Parteien stehen — berufen sein, oder soll die letzte Entscheidung über die größten Fragen des Staatslebens bei der vom Volke gewählten Vertretung liegen? — alle diese zur Verwirklichung des parlamentarischen Systems auszulagenden